



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 20.09.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 7

**St. Paulus - Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Frau **Mayer-Dukart** und Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) informieren zum Thema anhand einer Präsentation und gehen insbesondere auf die Wettbewerbsergebnisse ein. Die Entscheidung werde vom Gesamtkirchengemeinderat gefällt. Im Anschluss müsse ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt und zum Teil neues Planungsrecht geschaffen werden.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** dankt für den Vortrag. Die Gesprächsbereitschaft des Büros sei sehr erfreulich. Er sehe eine gute Chance für Oßweil und St. Paulus und unterstütze das Vorhaben. Die bisherige Scharnierfunktion könne dadurch noch besser ausgebaut werden.

St. Paulus sei ein wichtiges nachbarschaftliches Zentrum, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie wolle dem Kirchengemeinderat den ersten Preis des Wettbewerbes empfehlen. Es erinnere sie an eine Kirchenburg. Die Innenfläche könne gut belebt werden. Der grüne Ring sei geschützt. Sie hoffe, dass wenige Bäume gefällt werden müssen.

Stadträtin **Liepins** merkt an, dass zwischen dem ersten und zweiten Preisträger eine kontroverse Diskussion geführt worden sei. Die Kirchengemeinde wolle sich öffnen, auch optisch. Der erste Preisträger habe viele neue Ideen eingebracht. Die Entscheidung liege beim Kirchengemeinderat und der Stiftung Liebenau. Sie sei offen für beide Lösungen.

Stadtrat **Rothacker** will wissen, ob der zweite Preisträger ebenso Änderungen nachgereicht habe.

Die Auseinandersetzungen haben zu Verbesserungsvorschlägen geführt, so Stadträtin **Burkhardt**. Ihr gefalle der Entwurf des ersten Preisträgers, insbesondere mit den Verbesserungen, sehr gut. Weiter wünsche sie sich einen verstärkten Baumschutz.

Herr **Kurt** fügt hinzu, dass der zweite Preisträger nicht nachgearbeitet habe. Beide hätten die Gelegenheit dazu. Die Stiftung Liebenau sei offen für beide Lösungen.

Nicht optimal sehe sie einen Kindergarten an einer stark befahrenen Straße, so Stadträtin **Dr. Knob**. Ebenso gibt sie zu bedenken, dass die Sonneneinstrahlung beachtet werden solle.

BM **Ilk** wünscht dem Kirchengemeinderat eine gute Entscheidung. Zunächst signalisierte der

TOP 7**St. Paulus - Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse
- mündlicher Bericht**

Zweitplatzierte eine größere Offenheit. Bei näherer Betrachtung fasziniere ihn die Idee des Erstplatzierten. Die Kirche im Park gefalle ihm gut. Im Anschluss schließt BM Ilk diesen TOP.

TOP 8**Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Ingersheimer Straße West" Nr. 074/15 in
Ludwigsburg-Eglosheim
- Satzungsbeschluss
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 291/18

Beschlussempfehlung:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- I. Der Bebauungsplan „Ingersheimer Straße West“ Nr. 074/15 vom 09.08.2018 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften, jeweils mit Datum vom 09.08.2018. gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 09.08.2018.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussempfehlung wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen sei, eröffnet **BM Iik** die Aussprache.

Stadtrat **Link** erinnert an die ursprünglichen Planungen und findet, dass die jetzige Lösung die bessere sei, wenn diese auch nicht jedem gefalle. Er hoffe, dass der Investor noch auf das Anliegen der Nachbarn eingehe. Leider habe die Verwaltung diese nur zur Kenntnis genommen. Schade findet er, dass lediglich ein Kauf über den Bauträger erfolgen könne. Die geplante Anlage werde sehr schön. Dennoch bemängelt er bei der Erdgeschossfußbodenhöhe die Abweichungsmöglichkeit. Für eine bessere Ansicht hätte er sich eine Abweichung von -50 cm gewünscht. Weiter geht er auf die geforderte Dachbegrünung ein. Dies sei so nicht beschlossen worden. Er wünscht, dass dieser Satz gestrichen werde und spricht die enormen Kosten für die Begrünung an. Bei der geplanten Mauer im Süden hofft er auf eine Auflockerung. Ansonsten stimmt er der Vorlage zu.

Stadtrat **Bauer** stimmt im Wesentlichen seinem Vorredner zu. Allerdings nicht zum Thema Dachbegrünung. Diese Grünflächen müssen eingefordert werden. Die Kostenargumentation zähle hier nicht, insbesondere im Vergleich zu den Kosten für die geforderten Tiefgaragenplätze. Es werde ein hochwertiger Wohnraum geschaffen. Er werde der Vorlage zustimmen.

Ein komplexes Verfahren sei durchlaufen, so Stadtrat **Juranek**. Man habe eine hochwertige Architektur mit hoher Wohnqualität. Der südliche Übergang zur Bebauung sei unglücklich. Hier gebe es bereits Einwendungen. Dennoch gebe es durch den Gebäudeabstand keine direkte Beeinträchtigung. Er stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat **Rothacker** erinnert an das lange Verfahren. Man sei Kompromisse eingegangen, die mitgetragen werden.

Ihre Fragen aus dem Jahre 2014 seien noch nicht beantwortet, so Stadträtin **Burkhardt**. Fragen wie, wieviel Bebauung vertrage eine lebenswerte Stadt, muss jede Frischluftschneise beeinträchtigt werden und muss jede Grünfläche bebaut werden, seien noch offen. Nachdem diese Fragen noch nicht beantwortet seien, lehne sie den Bebauungsplan ab.

Stadtrat **Lettrari** freut sich aufgrund der vielen Wohnungssuchenden über jeden Bebauungsplan und jede Bebauung.

Herr **Kurt** geht auf die offenen Fragen ein, insbesondere die Dachbegrünung und der Abstand. Es haben Gespräche mit den Nachbarn und dem Bauträger stattgefunden. Auf die Mauer kann teilweise nicht verzichtet werden. Man achte auf eine hochwertige Gestaltung. Der Bauträger sehe von sich aus eine Dachbegrünung vor. Herr Kurt empfiehlt, dass die Begrünung enthalten bleibe.

Stadtrat **Link** kann die Begrünung nicht empfehlen und nicht mittragen, da im Sommer lediglich eine Dürre vorliege. Einen Antrag stelle er nicht.

BM Iik lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg wird ermächtigt, das Sachverständigenbüro Christmann, Markgröningen, mit der Durchführung von Sachverständigenleistungen auf der Markgröninger Bahn, Schwerpunkt Oberbau, zu beauftragen.
2. Das Honorarvolumen bezieht sich auf den gesamten Planungs- und projektvorbereitenden Zeitraum und beträgt max. 65.000 Euro (brutto, einschließlich Unvorhergesehenes).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und gemeinsam mit TOP 10.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Juranek
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** lässt TOP 9 zusammen mit TOP 10 beraten und abstimmen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht ist, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Noz** stimmt beiden Vorlagen zu. Er sei für die Doppelstrategie und wolle eine schnelle Umsetzung der Bahnstrecke zwischen Kornwestheim, Ludwigsburg, Möglingen und Markgröningen. Hier müsse man in die Vorleistung gehen und die Planungsbüros beauftragen. Bald wünsche er sich die Anbindung des Westexpresses. Bezüglich der zweiten Vorlage wolle er wissen, wie lange die Laufzeit und ob die genannten Kosten von 120.000,-- Euro jeweils für 12 Monate sei.

Stadträtin **Dr. Knoß** wolle gerne die Reaktivierung. Dennoch bemängelt sie die Reihenfolge. Sie wolle abwarten, ob die Doppelstrategie gefördert werde. Sie wolle die Entscheidung zunächst zurückstellen und das Gespräch im Verkehrsministerium Mitte Oktober abwarten. Ebenso liege das Gutachten für die Schrankenschließzeiten noch nicht vor.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass die Untersuchung für den Oberbau, sowohl für die Stadtbahn als auch die Reaktivierung, notwendig sei.

Stadträtin **Liepins** wünscht heute keine Grundsatzdiskussion. Es seien noch viele Fragen offen. Ihre Fraktion werde ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten zeigen. Das Büro für ein weiteres Jahr zu beauftragen, mache Sinn. Bestimmte Arbeiten müssen im Vorgriff erledigt werden, egal für welches System.

Seine Zustimmung gibt Stadtrat **Rothacker**. Er sieht das Thema losgelöst von der Diskussion über BRT und Stadtbahn. Er wolle die Reaktivierung so schnell als möglich.

Stadträtin **Burkhardt** will wissen, was die Beauftragung enthalte. Die Reaktivierung der Bahnlinie gehöre zur Doppelstrategie. Diese könne rasch reaktivieren werden. Weiter geht sie auf das

Gespräch im Verkehrsministerium ein. Hier habe die Verwaltung den Auftrag für eine detaillierte Untersuchung erhalten. Hierzu wünscht sie eine Antwort.

Stadträtin **Liepins** findet die geführte Diskussion als problematisch. Sie warte ebenso auf Antworten.

Heute solle es keine Grundsatzdiskussion geben, so BM **Ilk**. Die Verlängerung solle um ein weiteres Jahr erfolgen. Der Verfügungsrahmen betrage maximal 120.000,-- Euro. Es werde ein exakter detaillierter Projektplan erstellt. Die Ergebnisse werden im Oktober 2018 vorgelegt.

Ein vorbehaltlicher Beschluss wünscht sich Stadträtin **Dr. Knoß**. Das Gespräch beim Verkehrsministerium solle abgewartet werden.

BM **Ilk** möchte ein zügiges Vorankommen. Die Doppelstrategie sei bereits beschlossen. BM Ilk stellt beide Vorlagen zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der bestehende Vertrag mit dem Büro kvin Ingenieurgesellschaft mbH über Projektsteuerungsleistungen für die Doppelstrategie, Schwerpunkt: Reaktivierung der Eisenbahnstrecke, wird um ein weiteres Jahr (Laufzeit 01.02.2019 bis 31.01.2020) verlängert.
2. Die Kosten betragen maximal 120.000 € brutto (inkl. ca. 20% Unvorhergesehenes) für die Laufzeit von 12 Monaten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und gemeinsam mit TOP 9.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Juranek
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** lässt TOP 10 zusammen mit TOP 9 beraten und abstimmen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 9 verwiesen.

Beschluss:

Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen beauftragt das Ingenieurbüro Thomas und Partner aus Möglingen, die Ausschreibung sowie die Vergabe für die Digitalisierung der Signalanlagen in Ludwigsburg für die heutigen und sich perspektivisch abzeichnenden technologischen Bedürfnisse zu planen, auszuschreiben und die Umsetzung technisch zu überwachen.

Die Planungskosten in Höhe von 248.810,75 € werden außerplanmäßig genehmigt. Die Deckung erfolgt aus dem Teilhaushalt Referat Nachhaltige Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Juranek
 Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Zwei Teilflächen des Grundstücks Flurstück 586/3 mit einer Fläche von ca. 313 m² und ca. 57 m² werden eingezogen.
2. Die Einziehungsverfügung ist öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussempfehlung wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Juranek
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Frau **Mayer-Dukart** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Im Hinblick auf die Unterschriftenaktion gegen das geplante Projekt erläutert sie die Hintergründe und den aktuellen Planungsstand. Man erhoffe sich einen attraktiven Eingang zum südlichen Bahnhofsbereich und die Aufwertung eines untergenutzten, stark versiegelten Standortes. Zusätzlich hoffe man auf einen städtebaulichen Impuls und die Aufwertung der Leonberger Straße. Das übergeordnete Ziel aller Planungen sei eine nachhaltige Stadtentwicklung und den weitgehenden Erhalt des Baumbestandes. Außerordentlich werde die Fällung der Bäume bedauert. Dennoch entspreche dieses Projekt den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung und geht auf diese ein. Es sei eine attraktive Nutzungsmischung vorgesehen. Das Baugesuch solle voraussichtlich bereits im Oktober eingereicht werden.

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) geht auf das Thema Baumfällungen und Baumverpflanzungen anhand einer Präsentation ein. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Die Käufer werden sich an den Kosten der Verpflanzung mit einem Drittel beteiligen.

BM **Ilk** merkt an, dass es heute um die Einziehung der Fläche gehe und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf den Verkehrsfluss ein und wünscht sich hierzu nähere Informationen. Es gebe die Überlegung, dass der Verkehr aus dem Parkhaus Solitude geändert werde. Die Alleenstraße solle für die Radfahrer freigehalten werden. Bedauerlich sei der Wegfall der Bäume, dennoch sei dieses Gelände verkauft und werde bebaut. Sie wünscht sich neue Baumstandorte in unmittelbarer Nähe und spricht eine Neupflanzung von ein bis zwei Bäumen an den Parkplätzen an der Leonberger Straße an. Bezüglich der Verpflanzungen merkt sie an, dass die Verwaltung sich mit den Stadtwerken in Verbindung setzen solle, da beim Holzkraftwerk und Wärmespeicher eine Begrünung durch Bäume gewünscht sei. Sie bemängelt, dass zu viele Bäume kaputt gehen

und wünscht ein besonderes Augenmerk auf die Innenstadt bäume.

Stadträtin **Liepins** erinnert an den langen Prozess. Es sei klar gewesen, dass die Bäume auf dem Gelände wegfallen. Sonst hätte man die Bebauung so nicht beschließen dürfen. Sie bedauere die Baumfällungen und Verpflanzungen, dennoch sei dies nicht zu umgehen. Wichtig sehe sie bei Neupflanzungen große Baumbestecke. Bezüglich der Verkehrserschließung verlasse sie sich auf die Verkehrsplaner. Hierzu wünsche sie sich nähere Informationen.

Die Planung sei beschlossen, so Stadtrat **Rothacker**. Die Baumfällungen seien unumgänglich. Die Bäume sollen sinnvoll verpflanzt werden. Weiter wolle er auf die Pflege der Bäume hinweisen. Man solle auf weniger pflegeintensive Plätze ausweichen.

Der Bahnhofsbereich sei sehr versiegelt und wenig begrünt, so Stadträtin **Burkhardt**. Im Wettbewerb zum Bahnhofsgelände habe sie bereits einen Antrag auf Aufnahme eines Begrünungsplanes gestellt. Die Größe dieses geplanten Gebäudes und die Straßenumgestaltung erfordern die Baumfällungen. Die Meinung der Bürger sei wichtig, auch wenn dies erst jetzt erfolgt sei. Vor Verpflanzungen wolle sie warnen, dies sei meist erfolglos. Die Kosten sollten in andere Begrünungsmaßnahmen eingebracht werden. In einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan könnten Grünflächen festgesetzt werden.

Stadtrat **Noz** kann die Aussage der Vorrednerin nicht verstehen. Es sei ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt worden, zudem zugestimmt worden sei.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass ein Wettbewerb kein Bebauungsplanverfahren ersetze und es heute lediglich eine Mitteilungsvorlage sei. Sie wolle klarstellen, dass sie die bisherigen Vorlagen zu diesem Projekt abgelehnt habe, da sie das Gebäude zu groß empfinde.

BM **Ilk** erinnert, dass es heute um die Einziehung gehe. Auf der Tagesordnung stehen heute eine Mitteilungsvorlage, sowie eine Beschlussvorlage, so BM Ilk.

Frau **Schmidtgen** teilt mit, dass bei einer Verpflanzung nicht jeder Standort möglich sei. Leider können nur maximal 9 Bäume verpflanzt werden.

Frau **Mayer-Dukart** geht auf die Verkehrsbeziehungen ein. Das Gutachten habe erwiesen, dass der Verkehrsknoten leistungsfähig sei. Es bleiben alle Verkehrsbeziehungen erhalten. Es falle lediglich eine Extraabbiegespur weg. Man sei in einem guten Austausch mit dem Investor.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage Nr. 289/18 in Verbindung mit der Mitteilungsvorlage Nr. 313/18 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 12 verwiesen.